

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1595

der Abgeordneten Marie Luise von Halem

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/4067

Software-Strategie der Landesregierung

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1595 vom 23.09.2011:

Für den Einsatz von Informationstechnologie in der Landesverwaltung ist Qualität und Sicherheit ebenso von entscheidender Bedeutung wie ein effizienter Einsatz der zur Verfügung stehenden Gelder und, sofern sie den direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern beinhaltet, Bürgerfreundlichkeit. Für den Einsatz von Software in der öffentlichen Verwaltung bedeutet dies, die Unterschiede von freier Software <http://fsfe.org/about/basics/freesoftware.de.html> und proprietärer Software zu kennen und zu bewerten. Dem Softwareeinsatz in der öffentlichen Verwaltung sollte eine Strategie zu Grunde liegen, um den Anforderungen an Informationsbedarf, Sicherheit und Flexibilität sowie haushalterischen Rahmenbedingungen und politischen Erwägungen gerecht zu werden.

Proprietäre Software, wie z.B. Produkte von Microsoft, sind mit entsprechenden Lizenzgebühren verbunden, die oft über den gesamten Nutzungszeitraum der Software zu entrichten sind. Um den Ansprüchen der Verwaltung gerecht zu werden, sind häufig eigens entwickelte Softwarelösungen notwendig, deren Programmierung und Anpassung hohe Investitionen notwendig macht.

Freie Software wie z.B. Open Office / LibreOffice / Firefox Webbrowser / Thunderbird E-Mail-Programm / Apache Webserver / GNU/Linux Betriebssysteme / VLC Medienabspielsoftware bieten Kostenvorteile, da die Software ohne Lizenzkosten an beliebig vielen Arbeitsplätzen eingesetzt werden kann. Sie stellt eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Alternative zu proprietärer Software dar, die oftmals durch eine marktbeherrschende Stellung der Anbieter gekennzeichnet ist, wodurch sich vielfältige, v.a. auch sicherheitstechnische Nachteile ergeben. Freie Software, auch Open-Source-Software genannt, ist dadurch definiert, dass sie von jedem Menschen für jeden Zweck verwendet, ihre Funktionsweise mit Hilfe des Quellcode verstanden, kostenlos oder gegen ein Entgelt verbreitet und verändert werden darf. Nutzerinnen und Nutzer von freier Software sind durch die Bereitstellung des Programmcodes in der Lage, die Anwendungen unabhängig von wirtschaftlichen Interessen einzelner Unternehmen und den Lebenszyklen eines Produktes weiterzuentwickeln. Sicherheitslücken können somit schneller gefunden und behoben werden. Die Quelloffenheit ermöglicht es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechenzentren gewünschte Anpassungen ggf. selber durchzuführen.

Datum des Eingangs: 24.10.2011 / Ausgegeben: 01.11.2011

Die Förderung freier Software hat nicht nur wirtschaftliche und sicherheitstechnische Vorteile, sie ist auch für eine am Gemeinwohl orientierte Politik essentiell. Darüber hinaus kann ein verstärkter Einsatz von freier Software einen wichtigen Beitrag leisten, Unternehmen in innovativen Wirtschaftsfeldern am Wirtschaftsstandort Brandenburg zu fördern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist die Bereitstellung von Informationstechnologie, Software und Internetdiensten innerhalb der Landesverwaltung organisiert? (Am besten mittels Organigramm und ggf. nach Ressorts aufschlüsseln.)
2. Gibt es eine einheitliche Software-Strategie der Landesregierung? Wenn ja, wie und wo ist sie festgelegt und wer ist für ihre Umsetzung verantwortlich?
3. Welche Rolle spielt der Einsatz von freier Software innerhalb dieser Strategie?
4. Inwieweit und in welchem Zeitraum ist eine Fortschreibung der Strategie geplant und welche Rolle soll freie Software zukünftig spielen?
5. Inwieweit wird seitens der Landesregierung für eingesetzte Software ein systematisches Lizenzmanagement zentral oder in den einzelnen Ressorts betrieben? Und wie hoch sind die derzeitigen jährlichen Kosten durch Lizenzgebühren insgesamt? (Bitte aufschlüsseln nach Ressorts)
6. Inwieweit sind seitens der Landesregierung Einsparpotentiale durch den verstärkten Einsatz von freier Software berechnet worden? Gibt es eine landesweite Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und wo sind diese Berechnungen einsehbar?
7. Dem Internetdienst golem.de habe ich entnommen, dass die Landesverwaltung auf Arbeitsplatzrechnern die Linux-basierten UCS Thin Client Services einsetzt (<http://www.golem.de/1109/86289.html>). Wie viele Ressorts und welche Bereiche der Landesverwaltung betrifft das?
8. Ist seitens der Landesregierung darüber hinaus ein verstärkter Einsatz von freier Software geplant?
9. Wie beurteilt die Landesregierung die Effekte eines verstärkten Einsatzes von freier Software im Bezug auf
 - a) die regionale IT-Wirtschaft
 - b) die Sicherheit der Systeme
 - c) die Effektivität der Verwaltungsarbeit
 - d) die IT-Kompetenz
 - e) die Bürgerfreundlichkeit?
10. Inwieweit wurde seitens der Landesregierung geprüft, jegliche Software, die neu für die Landesverwaltung entwickelt wird, als freie Software entwickeln zu lassen? Sollten solche Überlegungen verworfen worden sein, was waren die Gründe?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Grundsätzliche Anmerkungen:

Die Landesregierung nutzt in vielen Bereichen freie Software im Sinne der Definition¹ der FSFE (Free Software Foundation Europe). Die Entscheidung für den Einsatz bestimmter Produkte basiert aber nicht auf dem jeweiligen Lizenzmodell sondern auf der Erfüllung von Funktionalitäten und auf der Wirtschaftlichkeit des Softwareeinsatzes insgesamt. Die Marktdurchdringung eines Produktes ist dabei kein relevantes Auswahlkriterium. Sicherheitsaspekte werden im Rahmen der funktionalen Prüfung berücksichtigt.

Für kommerzielle wie auch für freie Software muss die Landesverwaltung geeignete Support- und Wartungsverträge vorhalten, um bei Störungen und bei Anpassungen im Rahmen der Weiterentwicklung der IT entsprechende Fachkompetenz zur Verfügung zu haben. Gleichzeitig müssen die eigenen IT-Administratoren in den entsprechenden Systemen geschult sein. Erfahrungen zeigen, dass freie und Open-Source-Produkte einen höheren Wartungs-, Support- und Anpassungsaufwand als kommerzielle Standard-Softwareprodukte haben können. Damit ist eine pauschale Annahme der Wirtschaftlichkeit freier Software nicht gegeben, sondern muss in jedem Einzelfall geprüft werden.

In der Landesverwaltung laufen ca. 40% alle Server mit Linux als Betriebssystem. Auf diesen Servern werden weitere Open-Source-Produkte wie Apache, MySQL und PHP eingesetzt. Auf den PC-Arbeitsplätzen werden sowohl kommerzielle als auch Open-Source-Produkte eingesetzt.

Die Landesregierung ist bemüht, für jede Aufgabe marktübliche Lösungen zu finden. Eigenentwicklungen und die damit verbundenen Risiken werden damit vermieden. Die Möglichkeit, selbst Änderungen am Quellcode vornehmen zu können, ist für die Landesverwaltung kein Vorteil, da die benötigten personellen Ressourcen und Qualifikationen regelmäßig nicht zur Verfügung stehen.

Frage 1:

Wie ist die Bereitstellung von Informationstechnologie, Software und Internetdiensten innerhalb der Landesverwaltung organisiert? (Am besten mittels Organigramm und ggf. nach Ressorts aufschlüsseln.)

zu Frage 1:

Die Landesregierung hat mit Errichtung des Brandenburgischen IT-Dienstleisters (ZIT-BB) die schrittweise Bündelung der IT-Infrastruktur der Landesbehörden sowie die ressortübergreifenden Fach- und Querschnittsverfahren beschlossen. Der ZIT-BB beschafft und betreibt die IT inklusive Software, stellt Internet und andere Dienste bereit und bindet hierzu bedarfsgerecht auch externe Dienstleister ein.

Frage 2:

Gibt es eine einheitliche Software-Strategie der Landesregierung? Wenn ja, wie und wo ist sie festgelegt und wer ist für ihre Umsetzung verantwortlich?

¹ Siehe: <http://fsfe.org/about/basics/freesoftware.de.html>

zu Frage 2:

Ja, in der gültigen IT-Strategie des Landes² ist auch die Software-Strategie verankert. Einzelheiten der zu nutzenden Software-Standards und die durch den ZIT-BB bereitgestellten Dienste und Produkte sind in der Anlage zur IT-Standardisierungsrichtlinie³ festgelegt. Für die Umsetzung der Strategie ist das Ministerium des Inneren verantwortlich.

Frage 3:

Welche Rolle spielt der Einsatz von freier Software innerhalb dieser Strategie?

zu Frage 3:

Open-Source-Produkte sind entsprechend der IT-Strategie bei der Bewertung verschiedener Lösungen gleichberechtigt zu prüfen.

Frage 4:

Inwieweit und in welchem Zeitraum ist eine Fortschreibung der Strategie geplant und welche Rolle soll freie Software zukünftig spielen?

zu Frage 4:

Die IT-Strategie des Landes Brandenburg ist in Hinblick auf die veränderten Rahmenbedingungen durch Einrichtung des IT-Planungsrates und der von ihm beschlossene Nationalen E-Government-Strategie zu überprüfen. Darüber hinaus sieht auch der Auftrag der Enquete-Kommission „Brandenburg 2020“ vor, die E-Government-Strategie in Hinblick auf zukünftige Erfordernisse bis 2013 fortzuschreiben. Aus Sicht der Landesregierung ist allerdings davon auszugehen, dass die oben beschriebene Rolle freier Software sich dabei nicht wesentlich ändern wird (vgl. Antwort zu Frage 8).

Frage 5:

Inwieweit wird seitens der Landesregierung für eingesetzte Software ein systematisches Lizenzmanagement zentral oder in den einzelnen Ressorts betrieben? Und wie hoch sind die derzeitigen jährlichen Kosten durch Lizenzgebühren insgesamt? (Bitte aufschlüsseln nach Ressorts)

zu Frage 5:

Der Aufbau eines zentralen Lizenzmanagements beim Brandenburgischen IT-Dienstleister ist ein wesentlicher Punkt der IT-Strategie. Im Rahmen der Überleitung der IT-Infrastruktur der Landesbehörden an den ZIT-BB wird dies derzeit umgesetzt. Als ein wichtiger Schritt werden vorhandene Lizenzverträge konsolidiert.

² http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.46448.de#4.3

³ http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.49680.de

In der Regel werden Software, Hardware und Dienstleistungen in Projekten gemeinsam beschafft und finanziert. Eine Ermittlung der Lizenzgebühren aus den Haushaltsunterlagen ist mit vertretbarem Aufwand derzeit nicht möglich.

Frage 6:

Inwieweit sind seitens der Landesregierung Einsparpotentiale durch den verstärkten Einsatz von freier Software berechnet worden? Gibt es eine landesweite Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und wo sind diese Berechnungen einsehbar?

zu Frage 6:

Bei Produktentscheidungen wird im Einzelfall die wirtschaftliche Variante ausgewählt. Die Entscheidungen sind in den jeweiligen Vergabeakten dokumentiert. Eine pauschale landesweite Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für den Einsatz freier Software erscheint in Hinblick darauf, dass im Einzelfall Aufwand und Nutzen bei jeder Beschaffung abzuwägen sind, als nicht zielführend.

Frage 7:

Dem Internetdienst golem.de habe ich entnommen, dass die Landesverwaltung auf Arbeitsplatzrechnern die Linux-basierten UCS Thin Client Services einsetzt (<http://www.golem.de/1109/86289.html>). Wie viele Ressorts und welche Bereiche der Landesverwaltung betrifft das?

zu Frage 7:

Diese Software wird im MdF und MUGV eingesetzt.

Frage 8:

Ist seitens der Landesregierung darüber hinaus ein verstärkter Einsatz von freier Software geplant?

zu Frage 8:

Produktentscheidungen sollen auch in Zukunft in Hinblick auf Funktionalität, Sicherheit, Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit erfolgen. Eine Priorisierung freier Softwareprodukte ist nicht vorgesehen.

Frage 9:

Wie beurteilt die Landesregierung die Effekte eines verstärkten Einsatzes von freier Software im Bezug auf

- a) die regionale IT-Wirtschaft
- b) die Sicherheit der Systeme
- c) die Effektivität der Verwaltungsarbeit
- d) die IT-Kompetenz
- e) die Bürgerfreundlichkeit?

zu Frage 9:

a) Bei Produktentscheidungen ist Wartung und Support vor Ort ein wichtiges Kriterium. Dies ist unabhängig von der Art des Lizenzmodells des Produktes.

b) Vergleiche bei der IT-Sicherheit zwischen kommerziellen Closed-Source-Produkten und Open-Source-Produkten kommen zu ambivalenten Ergebnissen. Zwar werden beispielsweise Sicherheitspatches bei Open-Source-Projekten nach einigen Untersuchungen schneller und häufiger geliefert. Produkte bestehen oft aus einer Vielzahl von Einzelkomponenten, deren Patches dann getrennt im Internet angeboten werden. Die Verantwortung für die Sichtung, Zusammenstellung, Auswahl, Test und Einsatz der Updates liegt dann allein beim Nutzer.

Gleichwohl werden speziell im IT-Sicherheitsbereich (Firewalls, Netzüberwachung) auf Grund der sehr differenzierten Anforderungen aus der Landesverwaltung verstärkt Open-Source-Produkte eingesetzt.

c) Die Effektivität der Verwaltungsarbeit hängt wesentlich von der Motivation der Mitarbeiter ab. Diese bevorzugen Produkte, die sie kennen und beispielsweise auch im privaten Umfeld nutzen. Dieser Umstand ist ein wesentlicher Faktor, der zu den großen Problemen bei Open-Source-Projekten führte.

d) Im Bereich der Desktop-Systeme basiert die IT-Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter und der Administratoren heute stark auf den Produkten der Firma Microsoft. Im Bereich der Server gibt es auch ausgeprägte Kompetenz im Bereich Linux und anderer freier Software.

e) Die Interaktion der IT-Anwendungen des Landes mit den Bürgern erfolgt in der Regel über Portale und das Internet. Beim Bürger wird hierbei nur die Nutzung eines Browsers vorgegeben, der allgemeinen Standards entspricht. Es wird beim Bürger weder die Nutzung bestimmter Betriebssysteme noch kostenpflichtiger Anwendungen vorgegeben. Die Bürgerfreundlichkeit der Anwendung hängt insofern weniger von der Wahl der Software als von einer einfachen Handhabung der Anwendung und einem barrierefreien Zugang ab.

Frage 10:

Inwieweit wurde seitens der Landesregierung geprüft, jegliche Software, die neu für die Landesverwaltung entwickelt wird, als freie Software entwickeln zu lassen? Sollten solche Überlegungen verworfen worden sein, was waren die Gründe?

zu Frage 10:

Die Landesregierung setzt gemäß IT-Strategie weitestgehend auf die Nutzung marktgängiger Produkte oder beteiligt sich ggf. an länderübergreifenden Verbundlösungen öffentlich-rechtlicher Dienstleister. Sie betreibt selbst praktisch keine eigene Software-Entwicklung.